

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksachen 9/1816, 10/358 Nr. 85 —

Bericht über die Förderung des Einsatzes von Elektrofahrzeugen

A. Problem

Aus energiepolitischen Gründen und aus Gründen des Umweltschutzes ist es notwendig, die Entwicklung von Elektrofahrzeugen für den Straßenverkehr nachdrücklich zu fördern.

B. Lösung

Die Bundesregierung berichtet über ihre Förderungsmaßnahmen, die nach Auffassung des Verkehrsausschusses fortgesetzt werden müssen.

Einmütige Kenntnisnahme durch den Ausschuß mit erneutem Berichtsauftrag.

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

entfallen

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, zum 30. Juni 1986 eine Fortschreibung des Berichtes in Drucksache 9/1816 vorzulegen.

Bonn, den 14. März 1984

Der Ausschuß für Verkehr

Lemmrich **Pfeffermann**
Vorsitzender Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Pfeffermann

Der Bericht in Drucksache 9/1816 wurde in der 22. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. September 1983 gemäß Drucksache 10/358 Nr. 85 dem Verkehrsausschuß federführend sowie dem Innenausschuß, dem Wirtschaftsausschuß und dem Ausschuß für Forschung und Technologie zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 14. März 1984 behandelt.

Der Verkehrsausschuß hat davon Kenntnis genommen, daß nach dem jetzigen Stand der Technik ein Elektro-Pkw mit Blei-Säure-Batterie lediglich eine Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h zuläßt bei einer Tagesreichweite von 60 km ohne Nachladung. Die Lebensdauer der Batterie beträgt fünf Jahre. Das Fahrzeug wäre danach nur sehr begrenzt im innerstädtischen Verkehr einsetzbar; eine Breitereinführung zeichnet sich somit nicht ab.

Nach Auffassung des Verkehrsausschusses müssen die Entwicklungsarbeiten mit öffentlichen Hilfen dennoch nachdrücklich weiter vorangetrieben werden. Dies gilt zunächst für die Entwicklungsarbeiten für eine neuartige Natrium-Schwefel-Batterie, deren Energiedichte wesentlich höher sein soll als diejenige der herkömmlichen Blei-Säure-Batterie.

Dies gilt aber auch für die Weiterentwicklung der Fahrzeugkomponenten mit dem Ziel, Fahrzeuge zu entwickeln, die im innerstädtischen Verkehr mit Elektroantrieb und im übrigen mit Verbrennungsmotor betrieben werden. Der Verkehrsausschuß geht davon aus, daß im nächsten Bericht der Bundesregierung auch auf die Erfahrungen eingegangen wird, die die Deutsche Bundespost mit dem Einsatz von Elektrofahrzeugen im praktischen Betrieb gemacht hat.

Der mitberatende Innenausschuß hält ebenso wie der Verkehrsausschuß eine weitere Förderung der Entwicklungsarbeiten insbesondere im Bereich der Batterie-Technologie für erforderlich, wobei er besonders auf die Entwicklung der Natrium-Schwefel-Batterie verweist. Er sieht besondere Einsatzmöglichkeiten von umweltfreundlichen Elektrofahrzeugen im öffentlichen Personennahverkehr. Der Ausschuß für Forschung und Technologie unterstützt ebenfalls die Bemühungen der Bundesregierung, durch Fortführung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme für Energiespeicher eine günstigere Marktchance für Elektrofahrzeuge zu schaffen. Der Wirtschaftsausschuß hat Kenntnisnahme von dem Bericht vorgeschlagen.

Bonn, den 14. März 1984

Pfeffermann
Berichterstatter